



## Tauziehen um Klima-Milliarden

von Timm Krägenow (Berlin)

**In der Großen Koalition ist ein Gerangel um die künftigen Milliardeneinnahmen aus dem Klimaschutz ausgebrochen. Im Regierungslager werden drei Verwendungsvorschläge für die Erlöse aus der geplanten Versteigerung von Emissionsrechten diskutiert.**

Gestritten wird, ob das Geld in die Entwicklungshilfe, in die Senkung der Stromsteuer oder in Energiesparmaßnahmen fließen soll. Seit 2005 müssen die Betreiber von großen Industriekesseln und Kraftwerken Emissionsrechte vorweisen, bevor sie das Treibhausgas Kohlendioxid ausstoßen dürfen.

Ab dem Jahr 2008 sollen diese Rechte nicht mehr komplett vom Staat an die Unternehmen verschenkt, sondern zunächst zehn Prozent davon verkauft oder versteigert werden. Weil sich bei einer vollständigen Versteigerung, wie sie sich ab 2013 abzeichnet, die jährlichen Einnahmen in Zukunft auf bis zu 8 Mrd. Euro summieren können, ist schon jetzt ein Ansturm auf das neue Geld ausgebrochen.

### ZUM THEMA

- [» G8-Gipfel: Der Spatz von Heiligendamm «](http://www.ftd.de/politik/international/:G8%20Gipfel%20Der%20Spatz%20Heiligendamm/204531.html)  
(<http://www.ftd.de/politik/international/:G8%20Gipfel%20Der%20Spatz%20Heiligendamm/204531.html>)
- [Bush versteckt sich hinter China](http://www.ftd.de/politik/international/:Bush%20China/203474.html)  
(<http://www.ftd.de/politik/international/:Bush%20China/203474.html>)
- [Merkel strebt präzise Klimaziele an](http://www.ftd.de/politik/international/:Merkel%20Klimaziele/201258.html)  
(<http://www.ftd.de/politik/international/:Merkel%20Klimaziele/201258.html>)
- [Bund plant Auktion für CO2-Lizenzen](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Bund%20Auktion%20CO2%20Lizenzen/198778.html)  
(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Bund%20Auktion%20CO2%20Lizenzen/198778.html>)
- [Tiefensee will Emissionshandel für Schiffe](http://www.ftd.de/politik/europa/:Tiefensee%20Emissionshandel%20Schiffe/195069.html)  
(<http://www.ftd.de/politik/europa/:Tiefensee%20Emissionshandel%20Schiffe/195069.html>)
- [Bush zögert mit Zusagen zum Klimaschutz](http://www.ftd.de/politik/international/:Bush%20Zusagen%20Klimaschutz/194184.html)  
(<http://www.ftd.de/politik/international/:Bush%20Zusagen%20Klimaschutz/194184.html>)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am Donnerstag in ihrer Regierungserklärung zum G8-Gipfel betont, aus den neuen Einnahmen könne die Entwicklungshilfe aufgestockt werden. Sie könne sich vorstellen, dass im Rahmen der parlamentarischen Beratungen über eine Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten auch Projekte des Klimaschutzes im Sinne der Entwicklungspolitik durchgesetzt werden könnten, sagte Merkel. "Dies wäre ein neuer Weg. Ich würde das begrüßen." Die Bundesregierung hatte zugesagt, bis zum Jahr 2015 die Entwicklungshilfe für arme Länder auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts aufzustocken.

Große Teile der Union sehen die Verwendung der Gelder für die Entwicklungshilfe aber als falschen Weg an. "Der Emissionshandel hat einen Kollateralschaden für die Verbraucher ausgelöst. Er hat es den großen Energiekonzernen ermöglicht, ihren Kunden Kosten für Rechte in Rechnung zu stellen, die sie kostenlos vom Staat erhalten haben", sagte der hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) der FTD. "Diese Windfallprofits wollen wir an die Verbraucher zurückgeben. Am besten geschieht dies über eine Absenkung der Stromsteuer."

### "Das Geld steht nicht dem Staat zu"

Diese Forderung wird ausdrücklich auch vom CSU-geführten Bundeswirtschaftsministerium und der Mehrheit der Landeswirtschaftsminister unterstützt. "Das Geld steht nicht dem Staat zu. Es darf keine Steuererhöhung durch die Hintertür geben", argumentierte der CDU-Energieexperte Joachim Pfeiffer gegenüber der FTD: "Die Windfallprofits sollten an die zurückfließen, die abgezockt wurden."

In der Zeit von 2008 bis 2012 dürfen nach EU-Recht nur zehn Prozent der Emissionsrechte versteigert werden. Experten rechnen deshalb jährlich mit bis zu 900 Mio. Euro Zusatzeinnahmen für den Bundeshaushalt. Das Aufkommen der Stromsteuer lag 2006 etwas über 6 Mrd. Euro.

### Umwälzpumpen senken die Stromrechnung

Kritik an der Stromsteueridee meldeten die Umweltpolitiker der Koalition an. "Hier wird ein Denkfehler gemacht. Die Monopolstrukturen im Strommarkt würden dazu führen, dass eine Steuersenkung nicht bei den Verbrauchern ankommt", sagte der SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber der FTD: "Die Stromsteuer macht ohnehin nur einen sehr kleinen Teil der Stromrechnung aus. Eine wirkliche Senkung der Stromrechnungen erreichen wir, wenn wir Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz finanzieren." So könnten beispielsweise viele Haushalte ihre Stromrechnung deutlich senken, wenn sie eine neue, effiziente Umwälzpumpe in ihre Heizung einbauen würden.

Scharfe Kritik an der geplanten Versteigerung kam von den eingessenen Unternehmen der Stromwirtschaft.

"Die Versteigerung von Zertifikaten dürfte große Auswirkungen auf die Preise der Zertifikate haben", warnte Eberhard Meller vom Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) gegenüber der FTD. "Das wiederum würde die Energiepreise belasten, zumal die Auktion nur auf die Energiewirtschaft beschränkt werden soll." Ein nationaler Alleingang bei Versteigerung oder Verkauf der Rechte bewirke eine Benachteiligung der deutschen Unternehmen. Das habe auch Auswirkungen auf die Investitionen.

Aus der FTD vom 29.05.2007

© 2007 Financial Times Deutschland